

Neue POLITIK

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen
Neuordnung

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

mit der Strandung des Kreuzfahrtschiffes in Italien hatten die Medien ein neues Thema, welches die Auflagen der Zeitungen hochtrieb und neue Einnahmen erzeugten. Bundespräsident Wulff und seine Finanzaffären waren für ein/zwei Tage vergessen. Da Wulff offensichtlich den Sumpf der Unkorrektheiten schätzt und sich selbst, wie so mancher Andere in diesem Land, über das Geld definiert, sind und werden die Enthüllungen der Finanzaffären weitergehen.

Es ist vor allen Dingen die Art und Weise, wie Wulff mit den Enthüllungen umgeht, wie er z.B. versucht, die ohnehin in unserem Land sehr schwierige Pressefreiheit zu torpedieren.

Dabei haben öffentliche Medien mehr Beständigkeit gezeigt als Herr Wulff gehofft hatte. Es ist eine Frechheit, daß der Bundespräsident gegenüber seinen Mitarbeitern meint, daß sich die Aufregungen um seine Fehlleistungen im Herbst gelegt haben werden und daß danach keiner mehr darüber sprechen wird.

Herr Wulff muß als Bundespräsident zurücktreten. Wir als Volk sollten ihn dazu auffordern. Die Nachrichten aus seinem Stammland Niedersachsen, wo er vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten der höchste Dienstherr - Ministerpräsident - war, berichten über einen laxen Umgang mit Geld und der demokratischen Verantwortung.

Es ist nicht einzusehen, daß angesichts der vielen sozialen Nöte in diesem Land der höchste Repräsentant des Staates und des deutschen Volkes keine soziale Verantwortung hat. Was sollen die vielen Menschen sagen, die angesichts des Reichtums in diesem Land mit einer Minirente oder mit HartzIV auskommen müssen und die sich - hier in Berlin - laufend mit Sanktions-Drohungen des Jobcenters herumplagen müssen, obwohl das Jobcenter selbst des öfteren versagt? Und dann hören und lesen sie von Geldsummen, von denen sie bei größtem Fleiß nur träumen können.

Wie soll die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene - in Griechenland, Irland, Portugal und so weiter - auf Sparsamkeit drängen, wenn der höchste Repräsentant der Deutschen alles andere als ein Vorbild im Umgang mit fremdem Geld ist?

Das Jahreseinkommen eines jeden Bundespräsidenten bis zum Ende seines Lebens be-

trägt etwa 200 000 Euro zzgl. Büro- und einigen anderen Kosten. Herr Wulff wird also kein „Sozialfall“ werden.

Zum Schluß kann ich mir nicht verkneifen, folgendes zu berichten: auf der Wikipedia-Seite über Christian Wulff im Internet findet sich die Nachricht, daß er sich im Januar 2000 als niedersächsischer CDU-Abgeordneter über die Verstrickungen des späteren Bundespräsidenten Rau in die Düsseldorfer Flugaffäre 2000 mokiert hat: *„Es ist tragisch, daß Deutschland in dieser schwierigen Zeit keinen unbefangenen Bundespräsidenten hat, der seine Stimme mit Autorität erheben kann. Es handelt sich in NRW offensichtlich um eine Verfilzung mit schwarzen Reise-Kassen jenseits der parlamentarischen Kontrolle. Dies stellt eine Belastung des Amtes und für Johannes Rau dar.“* „Gut gebrüllt, Löwe“. Ich bin für eine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk, was natürlich auch eine Abwahlmöglichkeit mit einschließen sollte.

Themenwechsel: In der Zeitschrift Zeitpunkt, die ich auf der Seite 8 unter der Überschrift Zeitungs- und Drucksachenschau vorstelle, fand ich folgende Notiz:

„Nachbarschaftsstreit ist oft eher eine Sache der Psychologie als der Rechtsprechung“, sagt Kai Warnecke vom Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer. Aber welche Psychodynamik ist wirksam? Der Sozialpädagoge Lothar Draht meint: «Gerade bei Dauernörglern ist die Hausgemeinschaft vielleicht der einzige Ort, wo sie noch etwas zu sagen haben.» Das trifft einen wichtigen Punkt. Im Zeitalter der Globalisierung, eingesponnen in die Sachzwänge großer Staatsgebilde, fühlt sich der Einzelne oft machtlos. In der Nachbarschaft «ist er wer». Seine Stimme zählt - und sei es als Querulant, als Freizeitpolizist oder Hobbyrevoluzzer. Lothar Draht empfiehlt deshalb, den Nachbarn etwas von der ersehnten Anerkennung zu geben, schon bevor sie sich «wichtig machen». Positiv gesehen, ist die Nachbarschaft ein Übungsfeld für Problemlösungen, die auch in der Gesellschaft als Ganzes brauchbar sind. Aus dem bisher Gesagten lassen sich einige Empfehlungen ableiten. Wird es uns gelingen, mit solchen typischen Konfliktfeldern umzugehen, oder scheitern wir? Diese Frage wird in naher Zukunft immer wichtiger werden. Hohe Energiepreise und die Rücksicht auf das Klima werden uns zwingen, unsere Mobilität einzuschränken. Wenn wir nicht schon vorher freiwillig unsere Reiselust eindämmen. Unser unmittelbares Lebensumfeld wird damit wieder mehr ins Blickfeld rücken: Welche Versorgungsfragen können wir hier lösen, welche sozialen Bedürfnisse vor Ort befriedigen? Ein konstruktives

Zusammenleben ist nicht nur nötig, es ist auch machbar, Herr Nachbar.

Wir brauchen die demokratische Mitbestimmung des Bürger in einem basisdemokratisch organisierten Nachbarschaftsstaat.

Ich will den Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK nicht schließen, ohne wenigstens einige Worte über den Nationalsozialistischen Untergrund und das Versagen der Verfassungsschützer und der Geheimdienste zu verlieren. Vielleicht komme ich in späteren Ausgaben noch einmal auf das Thema zurück. Die Verfassungsschützer und die Geheimdienste sind in der BRD alt 1949 mit Hilfe des aus dem 3. Reich übernommenen Personals aufgebaut worden. Auch in der DDR hat man sich der Fachleute bedient. Die „Diensthabenden“ haben ihre Nachfolger geschult.

Die autoritären Systeme der Vergangenheit und der Gegenwart gleichen sich in ihrer Menschenverachtung. Ob nun Stalin oder Hitler: es gibt den Links- und den Rechtsfaschismus, die sich in ihren Auswirkungen auf die Menschen nicht unterscheiden. Thüringen, eines der Bundesländer, in der sich die kriminelle Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund bildete, hat bereits 1930 eine erste Landesregierung unter Beteiligung der NSDAP in Deutschland gehabt. Es gibt da eine alte, unguete Tradition.

Es gehört zu der politisch von Links und Rechts gepflegten Geisteshaltung, daß immer die anderen schuldig sind. So war es natürlich die „türkische Mafia“ oder eine andere „Geheimorganisation“, die diese Morde in der doch so gepflegten und über jeden Verdacht erhabenen Bundesrepublik Deutschland durchführten. Schnell wurden die Angehörigen der Opfer fast zu Tätern.

Ich muß mich zum Schluß dieser Ausgabe bei Ihnen entschuldigen. Noch nie ist eine Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes so spät herausgekommen, wie diese. Das hat eine Reihe von persönlichen Gründen. Mir fehlte Kraft und Schwung. Ich hoffe, ich kann mich bessern. Ich arbeite daran.

Bleiben Sie mir trotz allem gewogen.

Beachten Sie bitte das Buchangebot in der beiliegenden Buchliste und im Internet unter www.neuepolitik.com.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Kersten
(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 4. Februar 2012

(D.K.) Den nachfolgenden Text habe ich der Internetseite www.weissgarnix.de entnommen. Dr. phil. Michael von Prollius ist Publizist und Gründer von Forum Ordnungspolitik, einer Internetplattform, die für eine Renaissance ordnungspolitischen Denkens und für eine freie Gesellschaft wirbt. Er ist außerdem Mitglied der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft und leitet deren Wissenschaftskreis. Zuletzt von ihm erschienen: Thorsten Polleit und Michael von Prollius: *Geldreform. Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld* biete ich in der beiliegenden Bestelliste an. Das zitierte Buch von Hayek ist nicht mehr lieferbar. Das Buch *Ethik der Geldproduktion* von Jörg Guido Hülsmann finden Sie ebenfalls in der beiliegenden Bestelliste.

Gutes Geld kommt vom Markt, nicht vom Staat

von Michael von Prollius

„Der Vorschlag, der Regierung das Geldmonopol und die Macht zu entziehen, Geld zum ‘gesetzlichen Zahlungsmittel’ zu machen, mit dem alle vorhandenen Schulden zu tilgen sind, erfolgte hier in erster Linie, weil Regierungen diese Macht im Laufe der Geschichte ständig und unvermeidlich grob mißbraucht und dadurch den automatisch arbeitenden marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus, nämlich das Preissystem, schwerwiegend gestört haben.“ urteilte Friedrich August von Hayek in „Die Entnationalisierung des Geldes“ (deutsch 1977). Mit dem schmalen Band sorgte der Nobelpreisträger nur einige Jahre nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods für Aufsehen.

Hayek spricht sich mit seinem Reformvorschlag für einen Wettbewerb der Währungen aus. Wie in jedem anderen Gütermarkt würde der disziplinierende Wettbewerb für gutes Geld sorgen. Auf dem Markt könnte nur der Geldanbieter verbleiben, der die Kundenwünsche dauerhaft zufrieden stellt. Wettbewerb würde Geld in einer besseren Qualität bereitstellen, als es Regierungen mit ihrem Monopol jemals möglich wäre. Am gewohnten Umgang mit Geld ändert sich für die Nachfrager kaum etwas.

Staatsgeld verursacht Krisen

Ausgangspunkt des radikal anmutenden Vorschlags ist die Erkenntnis, daß schlechtes Geld, im Mittelalter als Falschmünzerei bekannt, den Austausch von Gütern und Dienstleistungen beeinträchtigt und die soziale Ordnung untergräbt. Das Preissystem – Herzstück der Marktwirtschaft – wird durch eine permanente Inflationspolitik (im Sinne einer kontinuierlichen Ausweitung der Geldmenge) gestört

und gerade die Zinsen können ihre Koordinationsfunktion nicht ausreichend wahrnehmen. Wir alle konnten in den letzten Jahren außer Rand und Band geratene Preise auf den Immobilien-, Rohstoff- und Aktienmärkten beobachten. „Vermögenspreisinflation“ lautet das Stichwort. Tatsächlich führt das staatliche Geldsystem dazu, daß die Kreditmengen stärker ansteigen als die volkswirtschaftlichen Einkommen zunehmen. Das vorgegaukelte erhöhte Sparangebot verlockt zu Investitionen, die ohne die Manipulation nicht unternommen worden wären. Infolgedessen steigen Preise etwa für Rohstoffe oder Vermögensbestände wie Aktien, Häuser und Grundstücke in ungerechtfertigter Weise. Außerdem entsteht eine verzerrte volkswirtschaftliche Produktionsstruktur, die kapitalintensiver ist und von künstlich niedrigen Zinsen abhängt. Die Ungleichgewichte werden jedoch aufgedeckt. Viele künstlich angeregte Investitionen erweisen sich als „Flop“. Unternehmen kürzen daraufhin Produktion und Beschäftigung. Es kommt zur Rezession, die ein Bereinigungsprozess ist. Produktions- und Beschäftigungsstruktur können wieder in Einklang mit den Konsumentenwünschen gebracht werden. So gesehen ist der Aufschwung, angeheizt mit aus dem Nichts geschaffenen Geld, die Phase, in der Fehlinvestitionen auflaufen, und der viel gescholtene Abschwung bereinigt als „Krise“ die Fehlentwicklungen. Ohne Bereinigung steigt der Verschuldungsgrad der Volkswirtschaften immer weiter an und führt letztlich zum Bankrott oder zur (Hyper-)Inflationpolitik.

In dieser Perspektive bildet schlechtes Geld die entscheidende Ursache der aktuellen Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Ohne die staatliche Geldproduktion, die einer monetären Zentralplanwirtschaft nahe kommt, wären die Verwerfungen nicht möglich. Allein seitdem US-Präsident Nixon am 15. August 1971 die verbliebene Gold-Teildeckung der Weltleitwährung US-Dollar aufgehoben hat sind weit mehr als 100 gravierende Finanzkrisen zu beklagen. Weltweit gibt es nur noch ungedecktes, beliebig vermehrbares „Fiat Money“. Hayek urteilt zu recht: „Keine Behörde kann im Vorhinein feststellen, sondern nur der Markt kann entdecken, was die ‘optimale Geldmenge’ ist.“

Geldreform: Gutes Geld kommt vom Markt

Die Alternative zum destruktiven Staatsmonopol unterscheidet sich im Grunde nicht von der Auflösung anderer Staatsmonopole: Die Geldproduktion wird marktwirtschaftlichen Regeln und damit dem Wettbewerb unterworfen, die Banken verlieren ihre Sonderprivilegien. Schließlich ist Geld ein Gut wie jedes andere Gut auch. Es zeichnet sich lediglich dadurch aus, daß es dasjenige Gut ist, das sich am besten für Tauschzwecke einsetzen läßt. Geldreform bedeutet im Sinne Hayeks „Freihandel mit Geld“ und „Freihandel bezüglich der Bankgeschäfte“. Da Geld keine staatliche

Erfindung ist, sondern in einem sozialen Evolutionsprozess spontan entstand, liegt die Entnationalisierung des Geldes nahe. Jörg Guido Hülsmann hat in „Die Ethik der Geldproduktion“ zudem aufgezeigt, daß eine Geldreform nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus rechtlichen und ethischen Gründen erforderlich ist. Ohne das Staatsmonopol wird gutes Geld schnell schlechtes ersetzen. Das Greshamsche Gesetz gilt nicht: „Geld ist die einzige Sache die durch Wettbewerb nicht billiger würde, weil seine Attraktivität gerade darauf beruht, daß es ‘teuer’ bleibt.“ urteilt Hayek. Das Publikum würde schon deshalb besseres Geld wählen, weil es ein zuverlässigeres Handeln in die Zukunft ermöglicht, da wenigstens eine stabile, verlässliche Größe für die Kalkulation zur Verfügung steht.

Private Geldproduktion würde das Ende der Zentralbanken bedeuteten genauso wie das Ende der nationalen Währungs- und Geldpolitik. Das Bruchteilsreservesystem würde verschwinden und die Zinsen würden nicht mehr manipuliert werden, sondern sich auf natürliche Weise bilden, in Abhängigkeit der Zeitpräferenz durch Angebot und Nachfrage. Folglich würde es weder den „Lender of last resort“ noch „Bailouts“ noch monetär bedingten „Moral hazard“ geben. Auch für die Geldproduktion gilt: Der Wettbewerb zwingt die Emittenten, den Wert ihres Geldes konstant zu halten. Damit wäre die Gefahr stärker als heute gebannt, daß die Geschäftstätigkeit das Ausmaß eines privaten Unternehmens übersteigt.

Es muß hier nicht betont werden, daß es nicht um mehr Geld geht, sondern um werthaltigeres, knapperes Geld. Ziel sind gerade nicht möglichst viele billige Kredite, sondern deren Eindämmung – im Gegensatz zu einigen Freigeldbewegungen.

Hayek formulierte seinen Vorschlag zur Geldreform wie folgt: „Der konkrete Vorschlag für die nahe Zukunft ... besteht darin, daß sich die Länder des Gemeinsamen Marktes ... gegenseitig durch formalen Vertrag binden, weder dem Handel in ihren gegenseitigen Währungen (inklusive Goldmünzen) noch einer in gleicher Weise freien Ausübung von Bankgeschäften seitens jeder in einem ihrer Territorien gesetzlich niedergelassenen Bank irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen.“

Die Entnationalisierung der Währung schließt die uneingeschränkte Freiheit Münzen zu prä-

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten Verlag NEUE POLITIK GmbH; Wilhelmstraße 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@nafu.de.

Konto: NEUE POLITIK GmbH, bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 310442900, BLZ 100 708 48; International Bank Account Nummer - IBAN DE26 100 708 480 3104429 00; Internationale Bankidentifikation BIC/SWIFT-Code DEUT DE DB110

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr und kostet im Abonnement € 15,60 jährlich (europäisches Ausland € 18,-, außereuropäisches Ausland € 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abonnementende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

gen und Handelsfreiheit mit Edelmetallen bei gleichzeitiger Besteuerungsfreiheit ein, etwa durch Abschaffung der Mehrwertsteuer für den Handel mit Edelmetallen oder Abschaffung der Kapitalertragssteuer für Kursgewinne. Das historisch bewährte Ergebnis sind Münzen in besserer Qualität, besserem Aussehen und in der erforderlichen Stückelung, wie George Selgin in seinen Studien zu Schottland um 1800 aufzeigt. Auch der Kauf und Verkauf von Währungen darf nicht behindert werden, insbesondere nicht aus dem Ausland. Dem Staat käme die Aufgabe des Markenschutzes zu, die Durchsetzung von Verträgen über das Privatrecht und die Anwendung des Strafrechts. Geldreform ist keine Idee eines skurrilen Einzelgängers, noch dazu aus der Sektion der neoliberalen Weltverschwörung. Tatsächlich ist eine Gesellschaft freier Menschen dauerhaft mit einem staatlichen Geldmonopol nicht vereinbar. Zugleich sind gutes Geld und ein gutes Finanzwesen nicht unmöglich, sondern derzeit lediglich verboten. Warum sollte gutes Geld nicht in Konkurrenz zum Staatsgeld treten dürfen? □

Das Ahrensburger Modell

(D.K.) An dieser Stelle und zur Ergänzung des Aufsatzes *Die Bessermacher* möchte ich auf das *Ahrensburger Modell* hinweisen, über welches Sie im Internet eine Wikipedia-Seite finden. Während ich die vorliegende Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes wieder mal unter Zeitdruck zusammenstelle und ich in meinen „Vorräten“ nach interessanten Beiträgen aus anderen Zeitungen „fischte“, fiel mir ein, daß ich schon vor sehr langer Zeit mit Eigentumsfragen, demokratische Betriebsstrukturen und Mitbeteiligungen befaßt war. Es muß in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts gewesen sein, als der Vorstand der VEREINIGUNG DEUTSCHE NATIONALVERSAMMLUNG, dem ich damals angehörte, die Firma Johann Friedrich Beh-

rens in Ahrensburg besuchte. Der damalige Inhaber dieser Firma, Carl Backhaus, war der Initiator des Ahrensburger Modells, mit dem versucht wurde, die Eigentums- und Haftungsfragen für einen Wirtschaftsbetrieb mit einer erweiterten Mitbestimmung und Mitbeteiligung in fruchtbaren Übereinstimmungen zu bringen (Unternehmensdemokratie). Das mir vorliegende Buch (Broschüre) ist eine Denkschrift *Carl Backhaus - zum 70. Geburtstag* mit dem Titel *Das Ahrensburger Modell, ein Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft*, herausgegeben von Arnulf Geißler und Wolfgang Fricke. Diese Denkschrift ist 1972 erschienen. Ich habe sie schon lange nicht in der Hand gehabt, aber gottseidank in der geordneten Unordnung meiner Bibliothek gefunden. Ich habe im Internet nachgeforscht. Die Broschüre ist noch antiquarisch zu bekommen.

Ich kann sie besorgen, zu unterschiedlichen Preisen und Erhaltungszuständen. Fragen Sie also nach!

Die Broschüre enthält eine Menge von Stellungnahmen, u.a. auch von dem verstorbenen Unternehmer und Sozialwissenschaftler Hans Georg Schweppenhäuser. Der Hauptteil enthält Aufsätze über „genossenschaftliche Unternehmenskulturen“ unterschiedlicher Autoren.

Hans Georg Schweppenhäuser lernte ich in Berlin kennen. Ich kann mich an viele Diskussionen erinnern, die manchmal zum Ärger meines Vaters und Chefs im Lager unseres Familienbetriebes zwischen Klosettbecken und Badewannen stattfanden.

Das alles ist 40-50 Jahre her. Es hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: die Gier nach Geld hat den Wunsch nach Menschsein überflügelt.

18. März 1848

(D.K.) Am 2. Januar 1979 erschien ein Aufruf mit 269 Unterschriften als Anzeige in der Frankfurter Rundschau. Der Aufruf trug die Überschrift **Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden Deutschen Staaten. Schirmherrschaft Ingeborg Drewitz und Heinrich Albertz.**

Der Aufruf war auch von Wolf Schenke und von mir unterzeichnet worden. Wolf Schenke war Gründer, Herausgeber und Chefredakteur der unabhängigen Wochenzeitschrift NEUE POLITIK, die ich nach dem Tod von Wolf Schenke (4. März 1989) seit Januar 1990 als Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK herausbringe.

Für die Nachgeborenen: Ingeborg Drewitz war eine deutsche Schriftstellerin. Sie starb im November 1986 in Berlin. Heinrich Albertz war ein evangelischer Pastor und ein deutscher Politiker (SPD), u.a. Regierender Bürgermeister von Berlin, und starb am 18. Mai 1993.

Die *Aktion 18. März* gibt jährlich eine Zeitung heraus, mit der zu einer Gedenkstunde vor dem Brandenburger Tor auf dem „Platz des 18. März“ und zu einer Kranzniederlegung auf dem *Friedhof der Märzgefallenen* aufgerufen wird. Der Friedhof der Märzgefallenen soll zu einer nationalen Gedenkstätte entwickelt werden. In diesem Jahr wirbt die *Aktion 18. März* mit einer Anzeige in der überregionalen taz. Sie hat folgenden Text:

Wir fordern auf, den 18. März zum Nationalen Gedenktag zu erklären.

Der 18. März 1848 ist einer der bedeutendsten Tage in der deutschen Demokratiegeschichte. Er steht stellvertretend für den 27. Mai (Hamburger Fest 1832), den 18. Mai (Frankfurter Paulskirche 1848), den 27. Dezember (Verabschiedung der Grundrechte in der Paulskirche 1848) und nicht zu vergessen, die vielen Daten der Revolution in Baden 1848/49. Der 18. März ist ein Tag, auf den sich alle demokratisch gesinnten Menschen leidenschaftlich berufen können.

Der 18. März ist ein Symbol für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Am 18. März 1848 kapitulierte das Militär des preußischen Königs vor den Kämpfern für Freiheit und Demokratie. Die Märzrevolution war ein Teil der europaweiten Bewegung gegen Fürstenwillkür und Absolutismus. Diese Epoche ist als Völkerfrühling bekannt. - Der Revolutionsdichter Ferdinand Freiligrath hat den Geist dieser Zeit zusammengefaßt:

„Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht“ und „Wir sind das Volk, die Menschheit wir“.

Mit der Forderung, den 18. März zum Gedenktag zu erklären, soll an diesen humanen Geist angeknüpft werden.

Schon jetzt unterstützen einige Leser des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK die Aktion 18. März. Laden Sie sich ein Unterstützerformular aus dem Internet - www.maerzrevolution.de - herunter oder fordern Sie per Post eines an: Aktion 18. März c/o Volker Schröder, Heimstraße 22, 10965 Berlin. □

Trotz alledem

von Ferdinand Freiligrath

Das war 'ne heiße Märzenzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
trotz Wien, Berlin und alledem –
ein schnöder scharfer Winterwind
durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
mit Meltau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron –
der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
trotz Blutschuld, Trug und alledem –
er steht noch, und er hudelt uns
wie früher fast, trotz alledem!

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
der Sieg des Rechts trotz alledem,
die nimmt man sacht uns wieder ab,

samt Kraut und Lot und alledem,
Trotz alledem und alledem,
trotz Parlament und alledem –
wir werden unsre Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!

Doch sind wir frisch und wohlgenut
und zagen nicht trotz alledem!
In tiefer Brust des Zornes Glut,
die hält uns warm trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
es gilt uns gleich trotz alledem!
Wir schütteln uns: Ein garst'ger Wind,
doch weiter nichts trotz alledem!

Denn ob der Reichstag sich blamiert
professorhaft, trotz alledem!
Und ob der Teufel reagiert
mit Huf und Horn und alledem –
Trotz alledem und alledem,
trotz Dummheit, List und alledem,
wir wissen doch: die Menschlichkeit
behält den Sieg trotz alledem!

Und ob der Prinz zurück auch kehrt

mit Hurra hoch und alledem –
sein Schwert ist ein gebrochen Schwert,
ein ehrlos Schwert trotz alledem!

Ja doch: trotz all- und alledem,
der Meinung Acht, trotz alledem,
die brach den Degen ihm entzwei
vor Gott und Welt und alledem!

So füllt denn nur der Mörser Schlund
mit Eisen, Blei und alledem:
Wir halten aus auf unserm Grund,
wir wanken nicht trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
und macht ihr's gar, trotz alledem,
wie zu Neapel jener Schuft:
Das hilft erst recht, trotz alledem!

Nur was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!
Unser die Welt, trotz alledem!

Trotz alledem

(D.K.) Trotz alledem ist der Text eines vertonten Gedichtes von Ferdinand Freiligrath, das wiederum in Anlehnung an A Man's A Man for A' That von Robert Burns entstand. Das Lied entstand kurz nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49.

Der Prinz, der in diesem Gedicht mit „gebrochenem Schwert“ zurückkehrt, war der „Kartätschenprinz“, der zweite Sohn des Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm von Preußen und Luise von Mecklenburg-Strelitz, Tochter des Herzogs Karl II. von Mecklenburg-Strelitz.

Im März 1848 setzte sich Prinz Wilhelm unter dem Druck der Ereignisse der Märzrevolution zwar für die Bewilligung einer

konstitutionellen Verfassung ein, wollte aber dennoch die Barrikadenrevolution vom 18. März 1848 in Berlin unter der Führung des Commandanten der Bürgerwehr, Major Otto Rimpler, mit militärischer Gewalt niederschlagen lassen. Er plädierte dafür, das Militär aus der Stadt abziehen und diese von außen mit Kanonen (Kartätschen) sturmreif zu schießen. Deswegen wurde er „Kartätschenprinz“ genannt.

Prinz Wilhelm war wegen seines Plädoyers für eine militärische Lösung bei den Anhängern der Revolution derart verhaßt, daß er vom klug taktierenden König den Befehl erhielt, umgehend nach London zu reisen.

Der Prinz floh mit Hilfe seines aus Bremen stammenden Adjutanten August Friedrich Oelrichs aus Berlin und reiste unter dem

Pseudonym Wilhelm Oelrichs am 23. und 24. März nach London, wo er mit Prinzgemahl Albert, Robert Peel, John Russell, Henry John Palmerston und anderen Staatsmännern verkehrte und seine politischen Anschauungen klärte. An den deutschen Einheitsbestrebungen nahm er lebhaften Anteil. Die Berliner sangen derweil Spottlieder auf ihn:

*Schlächtermeister Prinz von Preußen
komm doch, komm doch nach Berlin!*

*Wir wollen Dich mit Steinen schmeißen
und die Barrikaden ziehn.*

Prinz Wilhelm ist der spätere Kaiser Wilhelm I., der Großvater des letzten Deutschen Kaisers.

Ferdinand Freiligrath, *17. Juni 1810 in Detmold; † 18. März 1876, hat sich, je älter er wurde, zu einem kritiklosen Monarchisten entwickelt. □

Weshalb brauchen wir (direkte) Demokratie?

von Lutz von Löhlfeld

Die Einführung „direkter Demokratie“ in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich nicht behandeln, ohne über Verfassungsänderungen zu sprechen. Unklar blieb jedoch, warum vor einiger Zeit eine neue Verfassung verlangt wurde. Das hätte nur einen Sinn gehabt, wenn man mit der alten ganz unzufrieden gewesen wäre. Es wurde aber seit vielen Jahren behauptet, das Grundgesetz sei hervorragend. Man sollte es höchstens behutsam weiterentwickeln.

Wurde nach einer neuen Verfassung nur deshalb gerufen, damit das Volk Gelegenheit erhält:

- a) sie zu bestätigen oder
- b) ihr zuzustimmen oder
- c) über sie zu entscheiden?

„Bestätigung“ oder „Zustimmung“ wären zu wenig. Dafür würde sich der Aufwand nicht lohnen. Wenn - dann käme nur eine Entscheidung in Betracht. Eine ganze Verfassung ist aber zu umfangreich, um in einer einzigen Abstimmung eine echte Entscheidung über sie fällen zu können! Wo liegt das Hauptproblem?

Meines Erachtens sollten wir uns nicht mit einer Schönheitsoperation befassen. Es geht um tiefer liegende Dinge. Ich weiß nicht, ob alle Leser die Kunstmärchen von Hans Christian Andersen kennen. Eines davon heißt „Des Kaisers neue Kleider“. Diese Kleider werden von allen bewundert. Denn, wer das nicht täte, sei dumm, hatte „der Hof“ verlauten lassen. Da hütete sich jeder, das auszusprechen, was er sah: Die Kleider existierten gar nicht.

Nur ein Kind, das noch zu klein war, um von den Regierungsrichtlinien zu wissen, rief bei der Vorführung aus: „Der Kaiser hat ja keine Kleider an.“

Ich möchte diese Kleider nun mit der Staatsform „Demokratie“ vergleichen. Sie wird allenthalben gelobt und es wird immerzu behauptet, wir hätten sie - das ist aber gar nicht der Fall. Und weil sie uns fehlt, rumort das Demokratieproblem in den Tiefen und äußert sich halb- oder unbewußt in Forderungen nach Demokratisierung oder einer neuen Verfassung.

Demokratie heißt Volksherrschaft, d.h. das Volk soll herrschen. „Repräsentative Demokratie“ ist ein Widerspruch in sich; denn wenn Repräsentanten herrschen, dann herrscht das Volk eben gerade nicht. Die anstehende Frage wäre also die: Soll nun - nach der Vereinigung - eine Demokratie bei uns eingerichtet werden? Die bestehende Parteienherrschaft wäre - allmählich - abzubauen. Sie ist ohnehin nur formaler Natur; denn Regierung und Parlament arbeiten als Ausführungsorgane der Wirtschaftsführer. Das wird zwar allgemein geahnt - aber es ist tabu, das auch auszusprechen. Die „Sprachregelung“ liegt fest, und kaum einer wagt es, von ihr abzuweichen.

Nun möchte ich die Sache von der praktischen Seite angehen, nach der Wirksamkeit des alten Verfahrens fragen. Mit der bisherigen Methode konnten die schwierigen Probleme, die uns bedrängen, nicht gelöst werden. Daher lohnt es sich, darüber nachzudenken, wie eine echte - Demokratie funktionieren könnte und ob die bestehenden Schwierigkeiten mit ihrer Hilfe beseitigt werden könnten. Ich nenne die fünf wichtigsten Probleme:

1. Massenmord mit ABC- und anderen „modernen“ Waffen [durch die USA],
2. Großunfälle in Atomanlagen,

3. Hunger und Verfolgung in vielen Ländern,
4. Gefährdung der Bewohnbarkeit der Erde (Luft, Wasser, Boden, Klima, Ozonloch) [vor allem durch die USA] und
5. unverantwortliche Verschwendung von Rohstoffen [vor allem durch die USA].

Diese Probleme sind alle menschengemacht und entstanden durch die „weise Lenkung“ bisheriger Regierungen und Parlamente. Ohne eine Abkehr von dieser Art, unser Zusammenleben zu regeln, werden wir in immer katastrophalere Zustände hineingeführt. Wenn wir uns nicht energisch ans Überlegen machen, könnte das „Unternehmen Menschheit“ schneller zu Ende sein, als Politiker anzunehmen pflegen. Wir befinden uns also in einer Notlage und es kommt alles darauf an, den rettenden Ausweg zu finden.

Zu allererst wird es nötig sein, den eingeübten Sprachgebrauch zu ändern, nicht mehr von den „wunderbaren Kleidern“ zu reden, sondern sich statt dessen mit den tatsächlichen Gegebenheiten zu befassen. Lassen wir also die phrasenhaften Staatsziele und die seit vielen Jahrhunderten betriebene Führer-Anhimmelung hinter uns und beginnen wir - gedanklich - ganz neu. Seit den 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts gibt es die Bürgerbewegungen und 1989 fand eine sanftere Revolution in unserem Land statt. Gehen wir doch von diesen Menschen aus. Sie wollen Änderungen und setzen sich ein. Was sie für menschenwürdig, gerecht und sinnvoll halten, das sollen sie mit absoluter Mehrheit der Stimmen verbindlich vereinbaren. Diese Vereinbarungen der „erwachten Bürger“ sollen die Grundlage der neuen Sozialordnung werden, welche die alte nach und nach Stück um Stück ersetzt. Hoffen wir nur, daß das gelingt, bevor die alten Führer uns ins Unglück stürzen. □

Die ödp, der Funktionär und die Demokratie

(D.K.) Wikipedia meldet: *Die Ökologisch-Demokratische Partei (kurz ÖDP, 1997–2010: ödp) ist eine Kleinpartei in Deutschland. Sie wurde als Bundespartei 1982 gegründet und ist Rechtsnachfolgerin der 1978 vom Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl gebildeten Grüne Aktion Zukunft (GAZ). Gruhl bekleidete das Amt des ödp-Bundesvorsitzenden bis 1989 und war während dieser Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung die dominierende Persönlichkeit der Partei. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei sind Umwelt- und Familienpolitik. Sie sieht sich in der politischen Mitte positioniert. ... Den stärksten Wählerzuspruch erfährt die ödp in Bayern, wo sie bei Landtagswahlen seit 1990 stabil bei etwa 2 % Wählerstimmen liegt und auf kommunaler Ebene die Anzahl ihrer Mandate auf zuletzt über 300 ausbauen konnte.*

In meinem PC-Adressenverzeichnis, in den Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen, befinden sich Adressen unterschiedlicher Herkunft und Qualität. So kam es, daß sich Bernhard G. Suttner, Dorfplatz 9, 94336 Windberg unter diesen Adressen befand (mit der Bemerkung: Landesvorsitzender der ödp), die im Dezember 2011 ausgewählt wurden, Werbesendungen zu erhalten. Ich bekam daraufhin am 13. Dezember 2011 einen Brief **ohne Anrede und Gruß** mit folgendem Inhalt:

Ich verlange die sofortige Streichung aus Ihrer Datei. Außerdem verlange ich Auskunft darüber, auf welche Weise Sie in den Besitz meiner Daten gekommen sind. Welche Firma oder Organisation hat meine Adresse und womöglich weitere Hinweise über meine Person an Sie gegeben oder verkauft? Ich erwarte Auskunft bis zum 31.12.11.

Bernhard G. Suttner war von 1991–2011 Landesvorsitzender der bayerischen ödp. Aus Wikipedia: *In den Jahren 1989 und 1990 war er maßgeblich am Sturz des damaligen ödp-Bundesvorsitzenden Herbert Gruhl beteiligt, da er dessen „Öffnung nach Rechts“ nicht mittragen wollte. Umgekehrt sah Gruhl die ödp 1991 mit der Dominanz des Flügels um Suttner auf dem Weg zu einer „fundamentalistisch-christlichen Partei“.*

Ich schickte Herrn Suttner am 16. Dezember 2011 einen Brief mit folgendem Inhalt:

Sehr geehrter Herr Suttner, freundlichen Dank für Ihren Brief vom 13. Dezember 2011. Was hat Sie als bekannten ödp-Funktionär getrieben, mir einen solchen unhöflichen und frechen Brief zu schreiben? Sie sind ein Mann des öffentlichen Interesses und des Internets und fauchen einen Mitbürger an, der eine basisdemokratische Pflicht hat, Sie und andere zu informieren - und den Sie auch - freundlich - über Ihr politisches Programm informieren könnten. Ich bin zehn Jahre älter als Sie und meine außerparlamentarische politische „Laufbahn“

begann ca. 1956, mit allen Irrtümern, Erfolgen und Mißerfolgen, in der Freizeit, mit sehr großem persönlichen Einsatz. Ich habe noch nie Adressen gekauft (und verkauft). Ich habe das bisher nie nötig gehabt. Vielleicht ist Kauf und Verkauf von Adressen Praxis bei der ödp? Woher bekommt die ödp die Adressen für die Mitgliederwerbung und die schriftliche Wahlwerbung? Sehr erfolgreich ist sie ja nicht!

Ich habe Ihre Adresse gestrichen!

Ich werde Ihren Brief und meine Antwort in der nächsten Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK veröffentlichen. Ich habe auch ÖDP-Mitglieder unter meinen Abonnenten.

Mit freundlichen Grüßen

Eine Antwort habe ich nicht erhalten - muß ja auch nicht sein. Wenn ich bedenke, daß manche Menschen sofort mit dem Rechtsanwalt drohen - so bin ich ja noch gut weggekommen. Trotzdem - was sind das für Menschen in unserem demokratischen Gemeinwesen? □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Die Sommerzeit ist vorbei und die Theaterzeit beginnt. Die Theaterzeit hatte - für mich - ihren Start in dem vielleicht kleinsten Theater Berlins, im KLEINEN THEATER in Berlin-Friedenau am Südwestkorso.

Ich sah am 7. September das Theaterstück *Roses Geheimnis*, Originaltitel *Rose and Walsh* des us-amerikanischen Autors Neil Simon. Im Internet, bei Wikipedia, wird er als einer der populärsten Dramatiker der USA beschrieben. Die Welt-Premiere des Stückes *Roses Geheimnis* fand am 5. Februar 2003 statt. Wo? Ich konnte es nicht ermitteln.

Die Geschichte des Stückes ist die zweier Liebes-Beziehungen. Die eine Liebesbeziehung besteht über den Tod hinaus, wird sozusagen außerirdisch, die andere Liebesbeziehung ist und bleibt irdisch. Die Idee ist spaßig: Die erfolgreiche Schriftstellerin Rose ist seit vielen Jahren dem ebenso berühmten Kriminalautor Walsh in inniger Liebe verbunden. Die beiden sind das perfekte Paar: Sie diskutieren miteinander, lieben und streiten sich, bezeugen sich jeden Tag gegenseitig ihre Zuneigung. Was tut es da zur Sache, daß Walsh schon seit fünf Jahren tot ist und ihn außer Rose niemand sehen kann? Für Rose ist Walsh immer noch da. Sie unterhält sich mit ihm. Für sie ist er sichtbar. Die Dialoge finden zwischen einem Geist und einer irdischen Person statt, was bei Gavin und Arlene Verwirrung erzeugt.

Eines Tages beschließt der tote Walsh, nun endgültig und für immer zu gehen. Diese Entscheidung bringt Rose aus dem Gleichgewicht. Unabhängig von dieser Entscheidung warten große finanzielle Schwierigkeiten auf sie. Walsh hat einen unvollendeten Roman hinterlassen. Er empfiehlt den jungen Autor Gavin. Er soll Rose helfen, den Roman zu vollenden. Das

gelingt, aber auch seine Liebe zu Arlene, der Tochter von Rose. Rose stirbt. Ein fröhliches Geister-Ehepaar steht auf der Bühne einem fröhlichen irdischen Paar gegenüber.

Es ist eine amüsante Komödie, flott und gut gespielt. Auf der Webseite wird das Stück als ein tragikomisches Liebespiel bezeichnet. Von den 99 Plätzen des Theaters waren ca. 60 Plätze besetzt. Schade, ich hätte dem Theater ein volles Haus gewünscht.



(D.K.) Wie schlecht doch das eigene Gedächtnis sein kann. Gefragt, wie lange es her ist, daß ich *Die Zauberflöte* von Wolfgang Amadeus Mozart (* 27. Januar 1756 in Salzburg; † 5. Dezember 1791 in Wien) gesehen und gehört habe, sagte ich in den Wochen vor dem 1. November v.J., „bestimmt“ vor 20 oder 30 Jahren. Es war aber am 3. Oktober 2003, die 182. Aufführung seit der Premiere am 24. September 1991. Es kommt noch schärfer: es ist auch die gleiche Inszenierung von Günter Krämer, die ich acht Jahre später, am 1. November 2011 gesehen habe - nunmehr die 272. Vorstellung.

Ich sah und hörte am 1. November 2011 die Oper im gleichen Opernhaus wie damals, und zwar in der Deutschen Oper in Berlin-Charlottenburg.

Sie können die „alte“ Besprechung unter „Kultur“ im Oktober 2003 auf der Webseite www.neuepolitik.com nachlesen.

Viel interessanter als diese Äußerlichkeiten ist der Inhalt meiner damaligen Besprechung. Un-erfahrenheit, mangelnde Kenntnisse und Oberflächlichkeit haben mich zu schnellen Kritiken verführt.

Es bleibt mir nichts anderes übrig, das Urteil über Sarastro, dem Oberpriester des Tempels von Isis und Osiris, zu revidieren. Er ist nicht der Böse in diesem Märchen *Die Zauberflöte*. Sarastro ist der italienische Name für Zarathustra und personifiziert somit den Hüter der Weisheit.

Das Bühnenbild habe ich 2003 als „märchenlos nüchtern“ bezeichnet. Ich kann dieses Urteil nicht mehr nachvollziehen.

Die Zauberflöte ist eine melodienreiche und ereignisreiche Oper, hier mit einem guten Chor und einer guten Statisterie.

Von den 17 Gesangssolisten kamen am 1. November 2011 10 Solisten aus dem Ausland. Ich möchte es als ein Besetzungsdesaster bei einer Oper bezeichnen, die von Anfang an als „deutsche Oper“ vorgestellt wurde, um sich von den damals üblichen „italienischen Opern“ sprachlich, aber auch musikalisch abzusetzen. Es ist schon bei vielen deutschen Solisten ungemein schwer, den Text zu verstehen, weil, so nehme ich an, sie bei der Gesangsausbildung nicht gelernt haben, deutlich zu artikulieren. Die fremdsprachlich geschulten Solisten haben es - natürlicherweise - schwerer mit der deutschen Sprache, so wie es in der deutschen Sprache geschulten Sängerinnen und Sänger es schwer haben werden, in fremden Sprachen artikuliert zu singen.

Ich bedaure sehr, daß die deutsche Opernkultur anscheinend nicht mehr gepflegt wird. Sie ist für die Kulturen der Welt genauso wichtig wie beispielweise die russische, die französische und die spanische Opernkultur. Nur die Vielfalt schafft kulturelles Lebensglück.

Die Zauberflöte von Wolfgang Amadeus Mozart wurde am 30. September 1791 in Wien im *Theater im Freihaus auf der Wieden* uraufgeführt. Das Libretto stammt von Emanuel Schikaneder.

Im Jahr 1816 wurde *Die Zauberflöte* zum ersten Mal in Berlin aufgeführt. Karl Friedrich Schinkel, der große preußische Baumeister und Künstler, schuf dafür zwölf fantastische Bühnenbilder orientalisierender Landschaften, Tempelanlagen, düsteren Gewölben und Sternenglanz beim Auftritt der Königin der Nacht mit Sternenkuppel und schmaler Mondsichel.

Schon in meiner alten Besprechung von 2003 wies ich auf das lesenswerte Programmheft hin. Abgesehen von dem vorzüglichen Inhalt des Heftes: es ist mit einer deutlich lesbaren Schrift gedruckt, was sehr wohltuend ist.

Die Vorstellung am 1. November 2011 war gut besucht.



(D.K.) In der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL Nr. 43 wird unter Kultur am 24. Oktober 2011 über das neu erstandene bzw. rekonstruierte Bolschoi-Theater in Moskau berichtet. Zitiert wird Galina Wischnewskaja, Sopranistin, von 1952-1974 die Primadonna assoluta des Bolschoi, Witwe des 2007 verstorbenen Mstislaw Rostopowitsch, russischer Cellist, Dirigent, Pianist und Humanist: *Wenn man sie fragt, was für sie, die zwar Staatskünstlerin, aber auch Dissidentin gewesen ist, dagegen spricht, Opern moderner zu zeigen, antwortet sie: „Ich weiß nicht, warum das nötig ist, in das Werk von Genies einzugreifen. Tschaikowski wußte, was er tat, Puschkin auch.“*

Richard Wagner, *22. Mai 1813 in Leipzig; † 13. Februar 1883 in Venedig im Palazzo Vendramin-Calergi, auch?

An dieses Interview mußte ich mich erinnern, als ich am 21. Dezember 2011 in der Deutschen Oper Berlin (Charlottenburger Oper) *Tannhäuser* von Richard Wagner sah. Es war die 22. Aufführung seit der Premiere der Inszenierung von Kirstin Harms vom 30. November 2008.

Wagner hat mehrere Fassungen der Oper hinterlassen; bei der Fassung, die ich am 21. Dezember sah und hörte, soll es sich laut Prospekt um die Dresdner Fassung handeln, also um die Fassung der Uraufführung am 19. Oktober 1845 in Dresden.

Wagner hat nicht nur komponiert, sondern er war auch sein eigener Librettist.

Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg gehört zum deutschen kulturellen Erbe. Wagners Text beruht auf Märchen, Sagen, auf überlieferten historischen Begebenheiten aus dem

deutschen Mittelalter und seinen Vorzeiten. Wenn man „Geschichte im Blut“ hat, wie ich es manchmal von mir behaupte, kann man sich stundenlang damit beschäftigen und sich im Thema verlieren. Ich habe zum Beispiel das Manuskript meines Vortrages über Walther von der Vogelweide, Minnesänger, *um 1170 (Geburtsort unbekannt); † um 1230, möglicherweise in Würzburg, der in dieser Oper als Teilnehmer des Sängerkrieges auftritt, hervorgeholt. Ich habe diesen Vortrag 1955 gehalten, 16 Jahre alt, und ziemlichen Ärger mit meiner Lehrerin gehabt. Lang ist es her!

Der aktuelle *Tannhäuser* ist eine Inszenierung der scheidenden Intendantin Kirsten Harms. Dem Programm ist eine Aufstellung aller Inszenierungen des Stückes in der Deutschen Oper seit 1915 beigefügt. Die Inszenierung von Kirsten Harms ist die erste Aufführung, in der die Partien der Venus und der Elisabeth von der gleichen Sängerin (am 21. Dezember: Petra Maria Schnitzer) gesungen werden. Nun ist, aus der heutigen Sicht, der Unterschied zwischen der angeblichen unerotischen Minne und der erotischen Liebe des Mittelalters nicht so groß, als daß wir uns daran festhalten sollten. Auch die Heilige Elisabeth wird eine erotische Ausstrahlung gehabt haben, sonst hätte Tannhäuser nicht beide Damen geliebt: Venus und Elisabeth. Es ist dennoch eine Abweichung von den Vorstellungen des Komponisten.

Die zweite Abweichung vom vorgegebenen Libretto (oder heißt es hier besser: von Regieanweisungen des Komponisten?) ist der berühmte Pilgerchor aus dem *Tannhäuser*, ganz zum Schluß, im letzten Akt der Oper. Der Chor der aus Rom zurückkehrenden Pilger liegt in Krankbetten. Ja, Sie lesen richtig, die Bühne ist mit Krankhausbetten vollgestellt, dicht bei dicht, so dicht, wie es heute selbst in unseren heruntergekommenen Krankheitsdiensten nicht üblich ist.

Die Vorstellung war gut besucht. Alle Sängerrinnen und Sänger haben gut und deutlich gesungen. Das Orchester war, wie immer, vorzüglich. *Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg* verlangt einiges von den Interpreten und dem Publikum: die Vorstellung dauerte von 18.30 Uhr bis 22.30 Uhr einschließlich zwei Pausen von je 30 Minuten. □

Buchvorstellung

(D.K.) Diese Verlags-Buchvorstellung paßt zu dem Thema 18. März 1848 und meiner Bitte, den Aufruf zu unterzeichnen, den 18. März zu einem Nationalen Gedenktag zu machen. Ergänzend dazu können Sie das Buch *Demokratische Tradition und revolutionärer Geist-Erinnern an 1848 in Berlin* - siehe beiliegende Buchliste - bestellen.

Herausgeber

Dr. Christoph Hamann, Referent am Landesinstitut für Schule und Medien, Berlin-Brandenburg (LISUM), Lehrbeauftragter an der TU Berlin, zahlreiche Veröffentlichungen zur

Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik insbesondere zum Thema Visual History.

Volker Schröder, geb. 1942 in Hamburg, Zeitsoldat, LdR., BWL Studium, Dipl.-Kfm., Mitbegründer der Alternativen Liste Berlin, 10 Jahre deren Finanzverantwortlicher, 15 Jahre Buchhalter im Berliner Mieterverein, Bürstenmacher aus Ahnenverehrung, (Bürstenschneider seit 1866), verheiratet, zwei erwachsene Söhne.

Kurze Inhaltsangabe

Das Buch füllt jene Lücke zwischen den theoretischen Überlegungen, was denn Erinnerungskultur sei einerseits und der bloßen Zeitungsnotiz, diese oder jene Straße sei nach einem historischen Ereignis benannt worden andererseits. Es beschreibt die Praktiken um das Erinnern an 1848 in Berlin: Das drei Jahrzehnte andauernde Bemühen der Aktion 18. März um einen nationalen Gedenktag, die politischen Fallstricke bei Straßenumbenennungen oder die Konflikte um Gedenktafeln u. a. m. Diese Geschichte der jüngeren Berliner Symbolpolitik um 1848 ist in einer solchen Breite, Intensität und Präzision noch nicht geschrieben worden. □

Zeitungs- und Drucksachenschau

(D.K.) Eine alte Tradition, die ich über Jahre durchgehalten habe, nämlich eine Zeitungs- und Drucksachenschau als separate Rubrik, möchte ich in diesem Fall wieder aufleben lassen. Es handelt sich um die Zwei-Monatszeitschrift ZEITPUNKT, die in CH-4500 Solothurn, Werkhofstraße 119 verlegt wird. Der Herausgeber ist Christoph Pfluger. Die Zeitschrift kostet einzeln € 8,-, Jahresabo € 42,-. Die Zeitschrift hat den Untertitel *Für intelligente Optimisten und konstruktive Skeptiker*, was darauf schließen läßt, daß der Herausgeber und seine Mitstreiter auf eine Leserschaft hoffen, die in den angesprochenen Themen eine Meinungsführerschaft übernehmen könnten.

Was mich veranlaßt, Ihnen die Zeitschrift bekannt zu machen, ist der Titel der 113. Ausgabe vom Mai/Juni 2011 *Der Mensch braucht Nachbarschaft*.

In mehreren Beiträgen befassen sich unterschiedliche Autoren mit der *Nachbarschaft* als eine Institution des Miteinanderwohnens, also als eine soziale Funktion, aber auch als eine politische Aufgabe. In einem Artikel ist sogar von Nachbarschaften mit maximal 500 Einwohnern die Rede, was exakt der Mahraunschen Zahl von Nachbarschaftswohnern entspricht.

Was ich bedaure, ist die Tatsache, daß die interessanteste Artikel mit den Initialen PM gezeichnet ist. Ich habe schon vor Monaten versucht, herauszubekommen, wer das ist - leider ohne Erfolg. Ich weiß nicht, wen ich wie anreden soll. Das kommt fast einer Diskussionverweigerung gleich. □